

An
Presse

PRESSEMITTEILUNG

Besuch von Merz an der Saar:

Politische Wunschbilder retten keinen einzigen Stahlarbeitsplatz!

Anlässlich des gestrigen Besuchs von Bundeskanzler Friedrich Merz bei der Dillinger Hütte erklärt die AfD Saarland wie die AfD-Fraktion im Landtag des Saarlandes:

Bundeskanzler Friedrich Merz bezeichnete den Umbau der saarländischen Stahlindustrie als „Vorzeigeprojekt“ und erklärte, dieser mache „Mut für Deutschland“. Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit ließen sich miteinander verbinden. Ministerpräsidentin Anke Rehlinger sprach von einem „Musterbeispiel von Transformation“ und forderte für die saarländische Stahlindustrie als sogenannten „First Mover“ Vertrauensschutz und Investitionssicherheit.

Diese Aussagen zeigen erneut, wie weit sich die Politik von den wirklichen Problemen unseres Landes entfernt hat. Herr Merz und Frau Rehlinger feiern Planungen, Förderbescheide und Hoffnungen auf dem Papier, während die entscheidenden wirtschaftlichen Voraussetzungen weiterhin fehlen.

Der Umbau der saarländischen Stahlindustrie soll rund 4,6 Milliarden Euro kosten. Bund und Land stellen dafür etwa 2,6 Milliarden Euro an staatlichen Fördermitteln bereit. Gleichzeitig ist grüner Wasserstoff weder in ausreichender Menge noch zu international wettbewerbsfähigen Preisen verfügbar. Nach derzeitiger Planung soll die Produktion zunächst sogar mit Erdgas beginnen und erst später auf Wasserstoff umgestellt werden. Viele Fachleute stellen die Wirtschaftlichkeit der CO₂-reduzierten Stahlproduktion unter den gegenwärtigen Bedingungen infrage. Erklären sie teilweise gar für unmöglich.

Wer trotzdem behauptet, „grüner Stahl“ sei bereits auf einem guten Weg, verwechselt politische Zielvorgaben mit wirtschaftlicher Realität. Unter den gegenwärtigen energie- und klimapolitischen Rahmenbedingungen hat sogenannter „grüner Stahl“ in Deutschland keine eigenständig marktwirtschaftlich tragfähige Zukunft. Er kann nur durch immer neue Subventionen, künstlich erhöhte CO₂-Kosten, Einfuhrbeschränkungen und staatlich geschaffene „grüne Leitmärkte“ am Leben gehalten werden.

Genau darin liegt der planwirtschaftliche Kern dieser Transformation: Zuerst verteuert die Politik die herkömmliche Produktion durch Abgaben, Zertifikate und Verbote. Anschließend fördert sie mit Milliarden den politisch gewünschten Umbau. Und weil das so erzeugte Produkt auf dem freien Markt schlicht nicht konkurrenzfähig ist, soll der Staat schließlich auch noch die

Nachfrage organisieren – etwa durch Vorgaben für öffentliche Aufträge. Mit Marktwirtschaft hat das immer weniger zu tun.

Planwirtschaft beginnt stets mit großen Versprechen, detaillierten Zielvorgaben und vermeintlich alternativlosen Zukunftsplänen. Sie endet jedoch regelmäßig mit Wohlstandsverlusten, Mangelwirtschaft und – historisch gesprochen – mit Verarmung und Brotschlangen. Auch gut gemeinte Ziele setzen die Gesetze der Ökonomie nicht außer Kraft!

Die AfD bekennt sich ausdrücklich zum Stahlstandort Saarland, zu seinen Beschäftigten und zur Notwendigkeit einer eigenen deutschen Grundstoffindustrie. Gerade deshalb lehnen wir es ab, ihre Zukunft auf politische Hoffnungen und noch nicht verfügbare Energieträger zu setzen. Die Arbeitsplätze bei Dillinger und Saarstahl dürfen nicht zum Gegenstand eines milliardenschweren Experiments werden.

Auch das Ziel der Klimaneutralität muss kritisch hinterfragt werden. Das Weltklima lässt sich weder vom Saarland noch von Deutschland im Alleingang steuern. Wenn energieintensive Produktion wegen deutscher Sonderwege ins Ausland abwandert und dort unter niedrigeren Umweltstandards fortgeführt wird, ist weder den Beschäftigten noch dem Klima geholfen. Deutschland verliert dann industrielle Wertschöpfung, während sich die globalen Emissionen lediglich verlagern oder sogar erhöhen.

Was die saarländische Stahlindustrie braucht, sind keine neuen politischen Wunschbilder, sondern bezahlbare Energie, Versorgungssicherheit, Technologieoffenheit und faire Wettbewerbsbedingungen. Bestehende Produktionskapazitäten dürfen erst dann aufgegeben werden, wenn neue Verfahren ihre technische und wirtschaftliche Tragfähigkeit tatsächlich bewiesen haben.

„Eine verantwortungsvolle Industriepolitik orientiert sich an der Realität – nicht an Klimazielen!“ sagt der Landtagsabgeordnete Christoph Schaufert.

Die AfD an der Saar fordert deshalb eine grundlegende Korrektur der deutschen Energie- und Klimapolitik, eine Überprüfung des europäischen Emissionshandels sowie den Verzicht auf weitere planwirtschaftliche Eingriffe.

Die Zukunft des Saarlandes liegt nicht in staatlich verordneten Illusionen, sondern in wettbewerbsfähiger Industrie, günstiger Energie und marktwirtschaftlicher Vernunft.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Christoph Schaufert'.

Christoph SCHAUFERT M.A. MdL
Pressesprecher AfD Fraktion im Landtag des Saarlandes
Pressesprecher AfD Landesverband Saarland